

EBI: Sie bewegt etwas

Europäische Bürgerinitiativen (EBI, s. Kasten in nebenstehendem Artikel) können unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen erfolgreich sein und dann viel in Bewegung bringen. Drei Beispiele:

- Am 10. Mai 2012 startete die EBI „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware!“ Sie erreichte bis zum Ende der Sammlung am 1. November 2013 1 659 543 Unterschriften. In ihrer Antwort an die Initiative verpflichtete sich die EU-Kommission, „die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Bereich der Wasserqualität zu intensivieren“. In der Folge gab es tatsächlich einige Maßnahmen, auch wenn sie noch hinter den Wünschen der Wasseraktivist*innen zurückbleiben.

Die EBI war Teil einer globalen Kampagne von Wasseraktivist*innen, die weiterhin aktiv ist.

- Am 10. September 2014 hatte die Kommission die Registrierung einer geplanten EBI „Stopp TTIP“ abgelehnt, die erreichen wollte, dass das Verhandlungsmandat für das Freihandelsabkommen TTIP aufgehoben und das mit Kanada (CETA) nicht abgeschlossen wird. Die Beteiligten organisierten eine Unterschriftensammlung in Eigenregie und übergaben der Kommission am 7. Oktober 2015 3 284 289 Unterschriften. In einem Urteil vom 10. Mai 2017 stellte der Europäische Gerichtshof fest, dass die Kommission die EBI hätte registrieren müssen.

Die selbstorganisierte EBI „Stopp TTIP“ hat sehr viel dazu beigetragen, dass der Widerstand gegen die Freihandelsabkommen sich EU-weit ausdehnte. Die zuvor starke Bewegung in Deutschland (u. a. Attac, aber auch Verdi und andere Gewerkschaften sowie kritische Verbände und NRO) hatte den Startschuss dazu gegeben.

- Die EBI „Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“ forderte das Ende der Nutzung synthetischer Pestizide in der EU bis 2035 und wurde am 30.9.2021 mit 1 179 595 Unterschriften abgeschlossen. Aktuell prüft die Kommission und bereitet ihre Antwort vor. Schon 2012 war eine EBI zum Verbot von Glyphosat erfolgreich gewesen, die Kommission hatte sich aber geweigert, auf die Forderung einzugehen.

Das Thema blieb aktuell, weil die Aktivist*innen ebenso wie die interessierten Verbände dranblieben, und dieses Mal wird es die Kommission deutlich schwerer haben, einfach „nein“ zu sagen.

Werner Rätz